

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Vor-Wahl-Überblick

Nach der Disqualifikation von zwei Bewerbern durch die vom Kanadier Grant Kippen geleitete Wahlbeschwerdekommission (IEC) werden bei der Präsidentenwahl am 20. August 40 Kandidaten gegen Amtsinhaber Hamed Karzai antreten, darunter zwei Frauen. Gleichzeitig sollen auch die Provinzräte (PC) gewählt werden. Dabei treten über 3 000 Kandidaten an. Am Vorabend des Wahlkampfes mahnte der UN-Sondergesandte Kai Eide aus gutem Grund die Unparteilichkeit der staatlichen Behörden an, „faire und glaubwürdige Wahlen“ zu ermöglichen. Insbesondere Karzai wird vorgeworfen, seinen Amtsinhaberbonus zu missbrauchen. Der Wahlkampf begann am 16. Juni. Karzai hat den früheren Verteidigungsminister ‚Marschall‘ Muhammad Qasem Fahim, einen tadschikischen Warlord aus dem Pandschir-Tal, als seinen ersten Vizepräsidenten-Kandidaten sowie erneut den Hazara-Warlord Abdulkarim Khalili als zweiten Stellvertreter nominiert. Als wichtigste Herausforderer gelten zwei weitere frühere Minister, Aschraf Ghani – ein Paschtune, ehemaliger Weltbank-Berater und bis 2004 für Finanzen zuständig – sowie der ehemalige Außenminister Dr. Abdullah, wie Fahim aus der Mudschaedin-Allianz Nationale Front (NF) stammend. Für viele Afghanen sind beide jedoch keine wirklichen Alternativen, da sie sie als Mitglieder des Karzai-Kabinetts für dessen Politik mitverantwortlich machen. Mit der Nominierung Fahims war es Karzai gelungen, die NF zu spalten. Ferner konnte er mit Muhammad Muhaqqeq und Abdulaschid Dostum zwei weitere NF-Führer auf seine Seite ziehen. Beide erklärten anschliessend öffentlich, Karzai habe ihren Parteien dafür mehrere Ministerien, Botschafterposten sowie – im Falle Muhaqqeqs – die Aufwertung zweier Distrikte zu Provinzen versprochen. Dass derartige Deals die Bündnispolitik bestimmen, zeigte auch die Freilassung von fünf Heroinhändlern durch den Präsidenten Anfang Juli. Einer von ihnen ist mit dem aus Ost-Afghanistan stammenden Kabuler Gouverneur Din Muhammad verwandt, einem weiteren Ex-Warlord, der Karzai Stimmen in seiner Heimatregion zuführen soll. Ein Karzai-Sprecher begründete den Schritt mit ‚Bitten‘ von Stammesführern. Eine Mitte Juni veröffentlichte Umfrage des *International Republican Institute* zeigt verbreitete Wahlmüdigkeit. Nur 31 Prozent der 3 200 Befragten wollen für Karzai stimmen (2004: 54 Prozent), acht Prozent sind unentschlossen. Nur der als Mitfavorit gehandelte Ex-Innenminister Jalali, der aber auf eine Kandidatur verzichtete (acht Prozent), und Abdullah (sieben Prozent)

lagen bei über fünf Punkten. Umfragen sind in Afghanistan allerdings noch nicht zuverlässig. Der neue US-Botschafter, Ex-ISAF-Kommandeur und –General Karl Eikenberry, zog unterdessen den Zorn Karzais auf sich, als er im Juni Pressekonferenzen mehrerer Gegenkandidaten besuchte. Washington wollte damit offenbar dem Eindruck entgegenreten, man unterstütze Karzai, eine in Kabul weit verbreitete Auffassung, nachdem die Obama-Administration dessen umstrittenen Amtsverbleib gebilligt hatte, als die Legislatur am 21. Mai ablief. Für weitere Irritationen sorgte der Kommandeur der 3. US-Kampfbrigade in den umkämpften Provinzen Wardak und Logar, der Anfang Juli erklärte, Karzais Wiederwahl könne gewaltsame Reaktionen auslösen, weil „die Leute fühlen, dass es keinen Wechsel geben wird“. Karzai hingegen rief wiederholt die Taliban auf, sich an der Wahl zu beteiligen, was Gerüchte über geheime Abmachungen nährte. Bisher haben die Aufständischen tatsächlich die Wahlvorbereitungen wenig gestört. Lediglich zwei PC-Kandidaten fielen Gewalttaten zum Opfer. Aus einigen Gebieten wurde sogar berichtet, Aufständische hätten IEC-Transporte eskortiert. Dafür sind unterschiedliche Erklärungen zu hören. Zum einen wird angenommen, Taliban und andere Insurgenten versuchten, einige Provinzräte zu übernehmen. Nach einer anderen Variante würden sie die Wählerkarten als „Ausweise“ an Kontrollposten verwenden, um sich ungestört bewegen zu können. Taliban-Führer Mulla Omar hatte die Wahlen als Farce verurteilt, deren Ausgang in den USA bestimmt werde, und zum Boykott, aber nicht direkt zu Gewalt aufgerufen. Im Wahlkampf spielen Programme kaum eine Rolle. Ghani nutzt ein 20-Jahres-Perspektivpapier als Grundlage, das er für ein US-Institut verfasst hatte. Er profiliert sich vor allem als Korruptionsgegner. Abdullah griff die Forderung nach Einführung eines parlamentarischen Systems auf. Anfang Juli sagte Karzai seine vereinbarte Teilnahme an drei öffentlichen Wahlkampfdebatten mit seinen wichtigsten Herausforderern ab. Ghani stellte daraufhin dessen Willen in Frage, die Wahlen termingerecht durchzuführen. Stammesführer aus mehreren Südprovinzen äusserten Zweifel, dass die Wahl dort abgehalten werden könne. Das afghanische Innenministerium bezeichnet hingegen nur zehn von 400 Distrikten als problematisch; realistischere Schätzungen gehen von 80 bis 120 aus. Im Juni wurde landesweit die höchste Anzahl sicherheitsrelevanter Vorfälle seit Ende 2001 gemeldet: 400 in einer Woche. Unterdessen wird ein schwunghafter Handel mit Wählerkarten gemeldet, der massive Unregelmässigkeiten bei der Wahl

erwarten lässt. Die Stiftung für Freie und Faire Wahlen in Afghanistan (FEFA), die Dachorganisation der wichtigsten afghanischen Wahlbeobachtergruppen, kämpft unterdessen mit Finanzknappheit und wird kaum in der Lage sein, am Wahltag flächendeckend präsent zu sein. Aus Sicherheitsgründen werden internationale Monitore viele Gebiete nicht besuchen können.

Taliban nehmen US-Soldaten gefangen

Erstmals haben Taliban in der Südost-Provinz Paktika einen US-Soldaten gefangengenommen. US-Quellen gaben an, er sei mit drei Afghanen nach seinem Dienstende in einem Aussenposten „weggegangen“. Eine Taliban-Webseite bestätigte, dass er sich in der Gewalt des Haqqani-Netzwerkes befinde, das al-Qaida nahe steht, und behauptete, der Mann sei „betrunken“ gewesen. „Unsere Führer haben noch nicht über das Schicksal des Soldaten befunden“, hieß es. Im vorigen Oktober war ein US-Zivilist, der für das *US Army*-Ingenieurkorps arbeitete und südlich von Kabul entführt worden war, nach zwei Monaten durch eine Kommandoaktion befreit worden. Im Juni kam auch der *New York Times*-Journalist David Rohde frei, der seit Dezember 2008 in Taliban-Händen war, frei. Diese Nachricht war bis dahin geheimgehalten worden, um sein Leben nicht zu gefährden.

UNO: Wieder mehr zivile Opfer

800 Zivilisten sind von Januar bis Mai in Afghanistan getötet worden, gaben die UN Ende Juni bekannt. Das ist ein Anstieg von 24 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die höchste Zahl – 261 – wurde im Mai verzeichnet. Zehntausende seien vertrieben worden. 55 Prozent der Toten werden den Aufständischen und 33 Prozent NATO- und afghanischen Truppen zugeschrieben, 12 Prozent konnten nicht zugeordnet werden. Am 6. Juli veröffentlichte der neue US-Kommandeur in Afghanistan Stanley McChrystal eine revidierte „taktische Direktive“, die auf die künftige Vermeidung ziviler Opfer und „unproportionaler Zerstörung“ zielt, die der General mit „strategischen Niederlagen“ gleichsetzt, da sie zu einer „Entfremdung der Bevölkerung“ führten. „Wir werden nicht auf der Basis der Zahl der Taliban, die wir töten, gewinnen, sondern dadurch dass wir die Aufständischen von (...) den Menschen trennen“, heißt es darin weiter.

USA ändern Drogenpolitik

Richard Holbrooke, Washingtons Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan, hat bei einem Treffen der G8 die bisherige Anti-Drogen-Politik des Westens in Afghanistan als „Fehlschlag“ bezeichnet und eine Änderung

angekündigt. Der bisherige Kurs habe Menschen „den Taliban in die Arme getrieben“. Man wolle nicht mehr Mohnfelder zerstören, sondern gegen die Händler vorgehen und alternative Kulturen fördern. Der Wert der afghanischen Drogenwirtschaft wird auf drei bis fünf Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt. Anteile daraus fließen sowohl an die Aufständischen, die den Opiumanbau genauso besteuern wie alle anderen Wirtschaftsaktivitäten in ihrem Einflussbereich, sowie an korrupte Staatsbeamte. „Die Mohnbauern sind nicht unsere Feinde“, sagte Holbrooke, „sondern die Taliban“. Die USA hätten Aberhunderte Millionen Dollar für die bisherigen Programme verschwendet und das werde „nun enden“. UN-Drogenchefbekämpfer Antonio Maria Costa nannte die bisherige Strategie einen „traurigen Witz“. Kurz zuvor hatten US-Medien die Festnahme dreier afghanischer Drogenhändler gemeldet, die gleichzeitig Taliban-Financiers seien. Im Mai war ein früher festgenommener Händler, Haji Baschir Nurzai, in den USA wegen Heroinschuggels zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sowohl die USA als auch Costas Behörde stehen allerdings für den umstrittenen neuen Kurs, afghanische Gouverneure dafür zu belohnen, wenn in ihren Provinzen kein Opiummohn mehr angebaut wird und diese dann als „drogenfrei“ zu bezeichnen. Wie im Fall von Balkh, Stationierungsort des deutsch geführten ISAF-Regionalkommandos Nord, gelten anhaltender Drogenschmuggel sowie die massive Zunahme des Haschischanbaus jedoch nicht als Kriterien.

Deutsche ‚Kriegsdebatte‘

Nach dem Tod dreier deutscher Soldaten im Zuge eines Gefechts mit Aufständischen bei Kunduz am 23. Juni hat Verteidigungsminister Franz-Josef Jung es abgelehnt, von einem „Krieg“ in Afghanistan zu sprechen. Er forderte ein Ende dieser Debatte, da sie den Taliban in die Hände spiele und deutsche Soldaten mit ihnen gleichsetze und deshalb „unverantwortlich“ sei. Die Taliban wollten, „dass wir von Krieg sprechen, dann sind sie Kombattanten und können auch berechtigterweise auf uns schießen. Aber sie sind Verbrecher, sie sind Terroristen“, so Jung. Es handle sich um einen „Stabilisierungseinsatz“ mit „Kampfsituationen, [und] insofern ist das auch ein Kampfeinsatz“. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete am 2. Juli vor dem Bundestag „Ziel und Strategie“ sowohl des deutschen als auch des NATO-Einsatzes in Afghanistan als „ohne vernünftige Alternative“. Ziel sei, dass die afghanische Armee und Polizei die Sicherheit des Landes selbst garantieren könnten. „Dazu bedarf es der internationalen Hilfe.“ Jung lehnte es ferner ab, einen konkreten Termin für einen Truppenabzug aus Afghanistan zu nennen, sprach aber von einem „Zielkorridor“ von „zwischen fünf und zehn Jahren“.